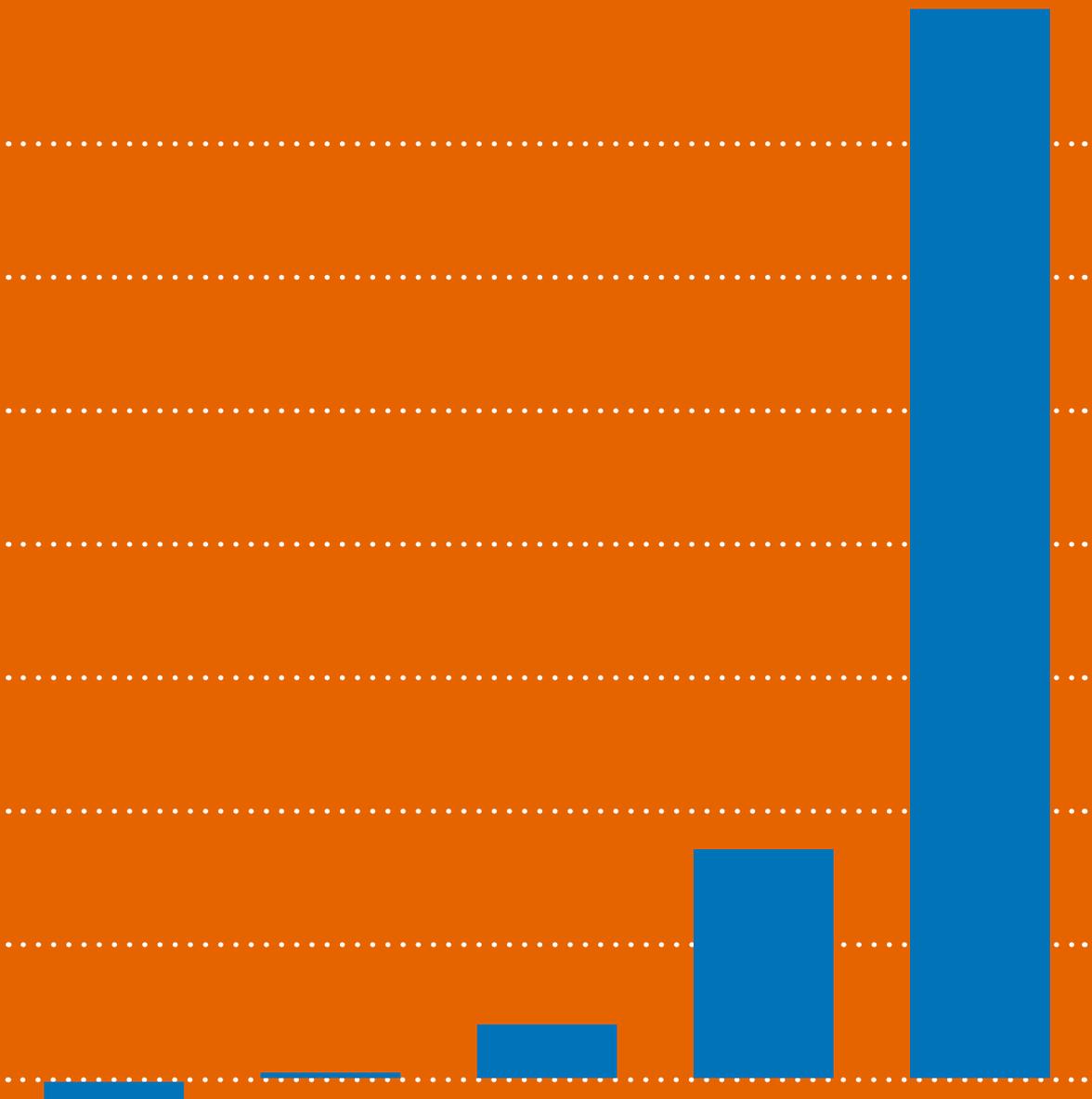


*Das Geld und ich – oder:
Wie wird gesellschaftlicher
Reichtum verteilt?*



Das Geld und ich – oder: Wie wird gesellschaftlicher Reichtum verteilt?

Was habe ich mit der Wirtschaft zu tun, wie ist Reichtum in der Gesellschaft verteilt, wer zahlt welche Steuern, und wofür gibt der Staat das Geld aus?

Inhalt

Einführung

I.1 **Arbeitsblatt: Welche Rolle spielt Geld für mich?**

- M1–3: Bilder zu verschiedenen sozialen Situationen

I.2 **Aktivität: Das Verteilungsbild**

- M1: Diagramme zu Einkommensverteilung und Steuern in Deutschland
- M2: Diagramm zum Männer- und Frauenanteil in den Einkommensgruppen
- M3: Diagramme zur Vermögensverteilung in Deutschland

I.3 **Arbeitsblatt: Aufgaben und Ausgaben des Staates**

- M1: Modell der Staatsfinanzen als Waage
- M2: Stichworte aus der Erklärung der Menschenrechte
- M3: Kanzlerin Merkel fordert zum Sparen auf
- M4: Die zehn größten Ausgabenposten des Bundeshaushalts 2015
- M5: Krank gespart: Griechen leiden unter schlechter Gesundheitsversorgung (*dpa*)

I.4 **Arbeitsblatt: Wie finanziert sich der Staat und ist das Steuersystem gerecht?**

- M1: Modell der Staatsfinanzen als Waage
- M2: Die zehn größten Steuereinnahmen des Bundeshaushalts 2015
- M3: Diagramm zum Gesamtaufkommen der verschiedenen Steuerarten
- M4: Diagramme zur Verteilung von Einkommen und Steuern auf verschiedene Bevölkerungsgruppen
- M5: Diagramm zur Entwicklung des Einkommensteuertarifs in Deutschland

I.5 **Arbeitsblatt: Streitpunkt Vermögensteuer**

- Methode: Pro- und Contra-Debatte
- M1: Warum Reiche eine Reichensteuer fordern (*Süddeutsche Zeitung*)
- M2: Mit Großmut kommt man nicht weiter (*die tageszeitung*)
- M3: Lasst die »Reichen« in Ruhe (*Die Zeit*)

I.6 **Infoblatt: Steuern**

I.7 **Arbeitsblatt: Ökonomische Folgen der Ungleichverteilung**

- M1: Wenn die Herde losrennt (*Frankfurter Rundschau*)

Die Materialien haben folgende Formate

- **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien
- ↑ **Aktivitäten** – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und über deren gemeinsame Auswertung zur Erarbeitung der Inhalte führen
- i **Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls
- **Arbeitsblätter** – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

- M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte

ARBEITSVORSCHLÄGE

Arbeitsvorschläge – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien



Methoden – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien



Infotext – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes



Diagramme – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema



Requisiten – Spezielles Zubehör zu Methoden

Einführung

Bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Krisenprozesse des vergangenen Jahrzehnts sind oft die Finanzmärkte, die Bankenrettung, die Rezessionsphasen oder die steigenden Staatsschulden im Fokus. Seltener gerät in den Blick, dass diese Phänomene eng mit der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums verknüpft sind. Die zunehmende Polarisierung von Arm und Reich hat nämlich entscheidend zum übermäßigen Wachstum der Finanzmärkte beigetragen, die meist als Ausgangspunkt der Krisenprozesse gelten.

Das sprichwörtliche oberste Prozent der Bevölkerung kann all das Finanzvermögen, das sich zunehmend in seinen Händen konzentriert, gar nicht ausgeben und legt es zum großen Teil auf den Finanzmärkten an. Von dort fließt nur ein Teil wieder zurück in den Produktionsbereich, so dass der Wert der Papiere schneller wächst als die realen Werte (Güter), was sich irgendwann in Krisen entladen muss. Umgekehrt lässt die steigende Armut die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen sinken. Während die einen gar nicht wissen, wohin damit, fehlt anderen Menschen das Geld um existentielle Bedürfnisse zu befriedigen. Gesamtwirtschaftlich betrachtet werden dadurch Güter nicht abgesetzt oder gar nicht erst produziert, für die es jedoch Bedarf gäbe. Damit verstärken sich Tendenzen zur Überproduktion und Rezession.

Die Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums kommt auf zwei Ebenen zustande. Die Ebene der sogenannten primären Verteilung betrifft das Verhältnis der Löhne zu Profiten und anderen Einkommensarten. Hier zeigt sich, dass die Lohnquote der Industrieländer in den Jahrzehnten vor der globalen Krise kontinuierlich gesunken ist. Ein ähnliches Bild ist auf der Ebene der sekundären Verteilung, das heißt nach der staatlichen Umverteilung, zu sehen. Hier ist eine Tendenz zur steuerlichen Entlastung von Vermögenden zu beobachten, während Massensteuern wie die Umsatzsteuer (die sogenannte Mehrwertsteuer) gleich blieben oder erhöht wurden. Letztere treffen Menschen mit niedrigem Einkommen proportional stärker als Vermögende und hemmen dementsprechend die Befriedigung von Bedürfnissen und bremsen die ökonomische Nachfrage.

Die gesellschaftliche Debatte um Steuern ist dabei oftmals hoch ideologisch geprägt. Etwa wenn es heißt, dass die Reichen ohnehin den größten Anteil an Steuern zahlen. Diese Aussage ist richtig, sie unterschlägt aber, dass die obersten Einkommensschichten nach Steuerabzug immer noch mehr Einkommen haben als diejenigen in der (oberen) Mitte vor Abzug der Steuern.

Außerdem berührt die ungleiche Verteilung nicht nur die Ursachen der Krise, sondern auch die Frage, wer die Kosten für die Krisenbewältigung tragen soll. In Folge der globalen Krise nach 2008 sind die Staatsschulden vieler Länder durch die Kosten für Bankenrettungen, staatliche Konjunkturprogramme und die sozialstaatliche Abfederung der Arbeitslosigkeit stark gestiegen. In der Folgezeit wurde die Krise insbesondere in Europa überwiegend als Staatsschuldenkrise gedeutet, die scheinbar durch unverantwortliche Staatsausgaben verursacht worden sei.

Dementsprechend lautet die dominante Antwort auf die Krise, der Staat müsse sparen, sprich seine Ausgaben reduzieren. Die Einnahmeseite, also die Erhöhung der Steuern (zum Beispiel auf Unternehmensgewinne, Erbschaften oder hohe Einkommen), bleibt dabei unberücksichtigt. Die Kürzungen im Zuge der »Sparpolitik« betreffen jedoch oftmals Sozialleistungen, auf die wiederum die ärmeren Teile der Bevölkerung angewiesen sind. Ein Beispiel dafür war das »Sparpaket« der deutschen Bundesregierung von 2010, mit dem unter anderem Leistungen für Empfänger_innen von Hartz IV und von Wohngeld gekürzt wurden. Allerdings fielen solche Maßnahmen in Griechenland und anderen Krisenstaaten noch weit drastischer aus, und hier waren sowohl die sozialen als auch die ökonomischen Folgen (eine tiefe Rezession) deutlich zu beobachten.

Mit ihrer Belastung der ärmeren Bevölkerungsschichten trägt die Kürzungspolitik also zu immer weiterer Ungleichverteilung bei und verstärkt damit einen wesentlichen Krisenfaktor, der jederzeit in Form neuer Finanzcrashes wieder akut werden kann. ■

Zu den Elementen des Moduls

- **Arbeitsblatt I.1** bietet zum Einstieg *drei Bilder aus der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen (M1–M3)* an. Die Bilder werfen Fragen nach der Bedeutung von Geld für das eigene Leben sowie nach seiner ungleichen Verteilung und den Gründen dafür auf, die in einer Gruppenarbeit diskutiert werden können.
- Die **Aktivität I.2 (Das Verteilungsbild)** eignet sich als Einstieg in die Themen soziale Ungleichheit und Steuerpolitik. Die Lerngruppe stellt die Verteilungsverhältnisse in Deutschland nach. Konkret werden die Verteilung von Vermögen, Einkommen sowie von Steuern und Abgaben auf verschiedene Bevölkerungsgruppen nachvollzogen. In der Auswertung kann die erlebte Verteilung anhand von *Tabellen und Diagrammen zur Verteilung von Einkommen und Steuern (M1)*, zum *Männer- und Frauenanteil an den Einkommensgruppen (M2)* und zur *Vermögensverteilung (M3)* nachvollzogen und reflektiert werden.
- Die damit aufgeworfenen verteilungs- und fiskalpolitischen Fragen können mit den beiden folgenden **Arbeitsblättern I.3 und I.4** vertieft werden. Sie bieten eine Waage als Bild für die staatlichen Einnahmen und Ausgaben an. So kann gefragt werden, auf welcher Seite welche Gewichte weggenommen (Ausgabenkürzung, Steuersenkung) oder hinzugelegt (Mehrausgaben, Steuererhöhung) werden können, ohne dass die Waage aus dem Gleichgewicht kommt. Sofern beide Arbeitsblätter eingesetzt werden, bietet sich die Verwendung der Waage als verbindendes Element zur Visualisierung an.
- **Arbeitsblatt I.3** beschäftigt sich zunächst mit den Aufgaben und den entsprechenden finanziellen Ausgaben des Staates. In diesem Zusammenhang wird das *Modell des Staates als Waage (M1)* eingeführt, und *Stichworte aus der Erklärung der Menschenrechte (M2)* bieten Anhaltspunkte bei der Frage nach den Aufgaben des Staates. Die Forderung von staatlichen Sparmaßnahmen durch Bundeskanzlerin Angela Merkel, über die in einem *Artikel aus der Financial Times (M3)* berichtet wird, gibt dann Anlass, die *zehn größten Ausgabeposten des Bundeshaushalts (M4)* in den Blick zu nehmen und Sparvorschläge zu entwickeln. Abschließend bietet ein *dpa-Artikel (M5)* zu den Folgen der Sparpolitik im griechischen Gesundheitssystem Anlass zu einer kritischen Betrachtung undifferenzierter Forderungen nach Sparmaßnahmen.
- **Arbeitsblatt I.4** nimmt die Einnahmeseite in den Blick. Zunächst werden die *zehn größten Einnahmenquellen des Bundes (M2)* als zweite Seite des *Modelles der Waage (M1)* betrachtet. Die Lernenden können zunächst eigene Vorschläge zur Erhöhung der Einnahmen entwickeln. Anschließend werden diese Vorschläge unter den Gesichtspunkten der möglichen Mehreinnahmen und der sozialen Gerechtigkeit beleuchtet. Dazu setzen sich die Lernenden mit Daten zum *Gesamtaufkommen der verschiedenen Steuerarten (M3)*, zur *Verteilung von Einkommen und Steuern auf verschiedene Bevölkerungsgruppen (M4)* sowie zur *Entwicklung des Einkommensteuertarifs in Deutschland (M5)* auseinander.
- **Arbeitsblatt I.5** behandelt den Konflikt um die Vermögensteuer als ein Beispiel für die Debatte um eine gerechte Verteilung der Krisenlasten. Als Einstieg dient der Artikel »Warum Reiche eine Reichensteuer fördern« aus der *Süddeutschen Zeitung (M1)*. Anschließend wird die Frage der Vermögensteuer mit der Methode der *Pro- und Contra-Debatte* behandelt. Dabei entwickelt die Pro-Gruppe ihre Position in Auseinandersetzung mit dem Artikel »Mit Großmut kommt man nicht weiter« aus der *Tageszeitung (M2)*. Die Contra-Gruppe zieht den Artikel »Lasst die ›Reichen‹ in Ruhe« aus der *Zeit (M3)* heran.
- Das **Infoblatt I.6 (Steuern)** kann als kurze Einführung in die Steuerpolitik genutzt werden und bietet sich insbesondere als Glossar bei der Bearbeitung der **Arbeitsblätter I.4 und I.5** an.
- Das **Arbeitsblatt I.7** behandelt schließlich die ökonomischen Folgen der Ungleichverteilung. In Auseinandersetzung mit einem Kommentar aus der *Frankfurter Rundschau (M1)* wird das übermäßige Wachstum der Finanzmärkte als wesentlicher Effekt der Reichtumskonzentration erarbeitet. Zugleich werden andere wichtige Fragen der Finanzmarktregulierung angesprochen. Damit schlägt das Arbeitsblatt eine Brücke zu Modul III und kann auch dort eingesetzt werden. ■

Welche Rolle spielt das Geld für mich?

M1



Johanna (17) hat gerade eine Ausbildung als Verkäuferin angefangen

M2



Sagira (13) und Bharat (14) arbeiten in einem indischen Steinbruch

M3



Svetlana (14) und Ole (13) sind Schüler_innen in Deutschland

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Bilden Sie Gruppen von drei oder vier Personen. Kommentieren Sie kurz gemeinsam schriftlich mit Ihrer Gruppe eines der Bilder (M 1–3) und tauschen Sie anschließend Ihre Ergebnisse mit der Gesamtgruppe aus.
2. Beantworten Sie in Ihrer Gruppe die folgenden Fragen und diskutieren Sie anschließend die Ergebnisse in der Gesamtgruppe:
 - a. Welche Rolle spielt Geld in jedem dieser drei Fälle?
 - b. Wie kommt das Geld zu den jeweiligen Menschen?
 - c. Wie kommt es, dass die finanziellen Verhältnisse so ungleich verteilt sind?
 - d. Was bedeutet die finanzielle Situation für die jeweilige Zukunft dieser Menschen?

Das Verteilungsbild

Kurzbeschreibung:

Mit der Aktivität stellt die Gruppe die Verteilungsverhältnisse in Deutschland nach. Konkret werden die Verteilung von Vermögen, Einkommen sowie von Steuern und Abgaben nachvollzogen.

Die Aktivität eignet sich als Einstieg in die Thematik der sozialen Gerechtigkeit und der Steuerpolitik, die anschließend weiter vertieft werden kann, beispielsweise durch die Diskussion einer Vermögensabgabe oder von steuerpolitischen Vorschlägen.

Zeit:

ca. 45 Minuten

Gruppengröße:

5 bis 40

Material:

Raum mit ausreichend Platz, ein Stuhl pro Teilnehmer_in, 100 Schoko-Taler, Bonbons oder ähnliches, sechs kleine Tüten, Zettel mit den Nummern 1 bis 5. Fünf Tüten werden vorab nummeriert und mit folgender Anzahl Schoko-Taler gefüllt:

- Nummer 1 mit 7 Stück
- Nummer 2 mit 13 Stück
- Nummer 3 mit 17 Stück
- Nummer 4 mit 23 Stück
- Nummer 5 mit 40 Stück

Ablauf:

Zu Beginn wird den Teilnehmenden mitgeteilt, dass sie an einem kleinen Experiment teilnehmen, bei dem es um die Verteilung von Armut und Reichtum in Deutschland geht.

1. Schritt: Bildung von Fünfteln (»Bevölkerungs-Quintile«)

Zunächst werden Tische und Stühle zur Seite geräumt, und im freien Raum werden die Zettel mit den Nummern 1 bis 5 mit möglichst großem Abstand auf dem Boden verteilt.

Anschließend werden die Teilnehmenden gebeten, sich mit ihren Stühlen so gleichmäßig wie möglich um die Zettel zu verteilen, wobei vom ersten zum letzten Fünftel aufgefüllt wird. Die genaue Aufteilung hängt von der Gruppengröße ab und ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Gruppengröße:	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40			
Verteilung Personen																																							
1. Fünftel	1	2	2	2	2	2	3	3	3	3	3	4	4	4	4	4	5	5	5	5	5	6	6	6	6	6	7	7	7	7	7	8	8	8	8	8	8		
2. Fünftel	1	1	2	2	2	2	3	3	3	3	3	4	4	4	4	4	5	5	5	5	5	6	6	6	6	6	7	7	7	7	7	8	8	8	8	8	8		
3. Fünftel	1	1	1	2	2	2	2	3	3	3	3	4	4	4	4	4	5	5	5	5	5	6	6	6	6	6	7	7	7	7	7	8	8	8	8	8	8		
4. Fünftel	1	1	1	1	2	2	2	2	3	3	3	3	4	4	4	4	5	5	5	5	5	6	6	6	6	6	7	7	7	7	7	8	8	8	8	8	8		
5. Fünftel	1	1	1	1	1	2	2	2	2	3	3	3	3	4	4	4	4	5	5	5	5	5	6	6	6	6	6	7	7	7	7	7	8	8	8	8	8		

2. Schritt: Die Vermögensverteilung

Es wird erläutert, dass die Gruppe nun die Bevölkerung von Deutschland und die Stühle den gesamten Reichtum von Deutschland darstellen. Reichtum bedeutet Geld auf der Bank, Besitz von Häusern und Grundstücken, Wertgegenständen, Unternehmen oder von Aktien, Staatsanleihen und anderen Wertpapieren.

Da das Vermögen in Deutschland jedoch nicht gleichmäßig verteilt ist, müssen die Stühle neu verteilt werden. »Ihr seid das ärmste Fünftel der Bevölkerung in Deutschland, Ihr besitzt leider nichts. Bringt Eure Stühle bitte zum reichsten Fünftel hier drüben«. So bringen die unteren Fünftelgruppen ihre Stühle der Reihe nach zu

den oberen, bis die richtige Verteilung erreicht ist, und gehen anschließend zum Zettel mit ihrer Nummer zurück. Die genaue Verteilung hängt wiederum von der Gruppengröße ab und ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Wenn alle Gruppen wieder bei ihren Nummern sind, müssen die meisten stehen oder auf dem Boden sitzen, während sich vor allem die fünfte Gruppe auf den Stühlen ausbreiten kann. An dieser Stelle werden die Gruppen kurz befragt, wie es ihnen geht und ob sie die Verteilung kommentieren wollen.

Gruppengröße:	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40			
Verteilung Stühle																																							
1. Fünftel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2. Fünftel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3. Fünftel	0	0	0	0	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	
4. Fünftel	1	1	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2	2	3	3	3	3	3	4	4	4	4	4	4	4	4	4	5	5	5	5	5	5	5	6	6	6	6	
5. Fünftel	4	5	6	7	8	8	9	10	10	11	12	13	14	14	15	16	17	18	19	19	20	21	22	23	24	24	25	26	26	27	28	29	30	30	31	32	32	32	

3. Schritt: Die Einkommensverteilung

Als nächstes wird erläutert, dass sicher nicht alle eine Fabrik oder große Geldvermögen besitzen, die allermeisten jedoch ein regelmäßiges Einkommen haben, von dem sie leben können.

Regelmäßige Einkommen können zum Beispiel Löhne und Gehälter in unterschiedlichen Berufen, wie Reinigungskraft, Lehrer_in, Busfahrer_in oder Management von Unternehmen sein. Einkommen können weiterhin Sozialleistungen wie Hartz IV oder auch Gewinne aus einem eigenen Unternehmen sein.

Nun geht es darum zu schauen, wie diese Einkommen auf die Bevölkerung verteilt sind. Das gesamte Einkommen sind in diesem Fall 100 Schoko-Taler (o. a.), die jetzt auf die verschiedenen Teile der Bevölkerung verteilt werden. Dazu werden alle Gruppen von arm nach reich befragt, wie viele Schoko-Taler sie schätzungsweise bekommen. Anschließend werden die vorbereiteten Tüten an die Teilgruppen verteilt. Dabei muss deutlich darauf hingewiesen werden, dass noch

nichts von dem Einkommen verbraucht werden darf (also keine Schoko-Taler gegessen werden dürfen)!

Die folgende Tabelle zeigt noch einmal die Verteilung der Schoko-Taler, die bei der Ausgabe der Tüten genannt werden sollte.

	Schoko-Taler
1. Fünftel	7
2. Fünftel	13
3. Fünftel	17
4. Fünftel	23
5. Fünftel	40

Auch hier können kleine Interviews geführt werden: Wie finden Sie die Verteilung? Warum verdienen Sie mehr (oder weniger) als diese Gruppen neben Ihnen?

4. Schritt: Die Zahlung von Steuern und Abgaben

Das Einkommen durfte noch nicht verbraucht (gegessen) werden weil ja zunächst noch Steuern und Abgaben gezahlt werden müssen. Von Löhnen und Gewinnen gehen zunächst die Einkommensteuer und meist auch Abgaben an die Sozialversicherung ab. Wenn das Geld schließlich ausgegeben wird, zahlen alle – zum Beispiel auch Arbeitslose – Umsatzsteuern (umgangssprachlich Mehrwertsteuer).

Diese Steuern und Abgaben werden nun eingesammelt. Auch hier schätzt jede Gruppe zunächst noch einmal, wie viele Schoko-Taler sie als Steuern abgeben muss, woraufhin von jeder Fünftelgruppe einige Schoko-Taler eingesammelt werden und als Steueraufkommen in die sechste Tüte kommen.

Die Anzahl der Schoko-Taler, die jede Gruppe abgeben muss, entspricht wiederum den realen Abgaben dieses Bevölkerungsteils und ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	Abzug Schoko-Taler
1. Fünftel	2
2. Fünftel	5
3. Fünftel	7
4. Fünftel	10
5. Fünftel	18

Übrig bleibt am Ende folgende Verteilung der Schoko-Taler:

	Schoko-Taler
1. Fünftel	5
2. Fünftel	8
3. Fünftel	10
4. Fünftel	13
5. Fünftel	22
(Steuern)	42

5. Schritt (optional): Möglichkeit zu Spenden

Anschließend kann das obere Fünftel gefragt werden, ob es einen Teil seines Reichtums (seiner Stühle) spenden möchte. Die Gruppe kann ent-

scheiden, ob und wie viele Stühle sie an welche anderen Gruppen abgeben möchte.

6. Schritt (optional): Abstimmung über die Umverteilung mittels Steuern

Abschließend kann noch über fiktive Umverteilungsmaßnahmen mittels der erhobenen Steuern abgestimmt werden. Dabei stehen drei Modelle zur Wahl.

- **MODELL A:** Die drei ärmsten Gruppen bekommen drei Schoko-Taler dazu.
- **MODELL B:** Alle Gruppen bekommen fünf Schoko-Taler dazu.
- **MODELL C:** Die Schoko-Taler jeder Gruppe werden bis zum nächsten Zehner aufgefüllt.

Jede Gruppe muss sich auf ein Modell einigen und gibt dann eine (Gruppen-)Stimme dafür ab. Hier kann die Frage aufkommen, ob die Teilnehmenden dabei nach ihrem persönlichen Gerechtigkeitsempfinden oder nach den Interessen ihrer Bevölkerungsgruppe entscheiden sollen. In diesem Fall sollen sie durchaus die Interessen ihrer Bevölkerungsgruppe berücksichtigen, wobei diese Gruppe eventuell auch moralische Gesichtspunkte bedenkt. Umgesetzt wird am Ende das Modell,

das die meisten (Gruppen-) Stimmen erhält. Sollte es ein Patt zwischen zwei Modellen geben, wird zwischen diesen noch einmal abgestimmt.

Modell A	Modell B	Modell C
8	10	10
11	13	10
13	15	20
13	18	20
22	27	30

7. Schritt (optional): Geschlechteraspekt der Verteilung

Männer und Frauen sind in unterschiedlichem Maß von der Vermögens- und Einkommensungleichheit betroffen. Im Jahr 2012 hatten Frauen nur 72 Prozent des Vermögens der Männer (vgl. DIW *Wochenbericht* Nr. 9.2014, S. 160). Dementsprechend sind in den obersten Einkommensgruppen deutlich weniger und in den untersten deutlich mehr Frauen als Männer zu finden. (vgl. Gender Datenreport der Bundesregierung von 2005, S. 175).

Auch das kann in der Gruppe veranschaulicht werden. Um die Tendenz darstellen zu können, werden je nach Gruppengröße ein oder zwei Frauen aufgefordert, jeweils eine Bevölkerungsgruppe abzustimmen, während im Gegenzug ein oder zwei Männer aufsteigen.

Alternativ können (in mehr oder weniger gleichgeschlechtlichen Gruppen) bunte Karten als Zeichen für Männer und Frauen an die Teilnehmenden verteilt werden. Die folgende Tabelle zeigt die entsprechende geschlechtliche Verteilung (Prozent, gerundet) in den Bevölkerungsfünfteln (hier Einkommensgruppen).

	Frauenanteil	Männeranteil
1. Fünftel	60	40
2. Fünftel	40	60
3. Fünftel	30	70
4. Fünftel	30	70
5. Fünftel	20	80

Auswertung

Anschließend werden die Teilnehmenden zunächst zu ihrem Erleben des Verteilungsspiels befragt sowie um eine Einschätzung des Realitätsgehalts des Spiels gebeten. Mögliche Fragen sind dabei:

- Wie haben Sie die Aktivität erlebt?
- Wie haben Sie sich gefühlt?
- Gab es einen Moment, der besonders beeindruckend war?
- War etwas überraschend?
- Entspricht die Verteilung von Vermögen, Einkommen und Steuerzahlung Ihren Erwartungen?
- Was haben Sie ähnlich eingeschätzt, was nicht?
- Für wie realistisch halten Sie das Spendenverhalten?
- Für wie realistisch halten Sie die Abstimmung über die Verteilungsmaßnahmen am Ende?
- Welche Gründe und Rechtfertigungen gibt es für die unterschiedliche Verteilung?

Abschließend können die Verteilungsverhältnisse anhand der folgenden Tabellen und Diagramme (M 1, 2) noch einmal nachvollzogen werden. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf die Verteilungseffekte der direkten und indirekten Steuern gelegt werden.

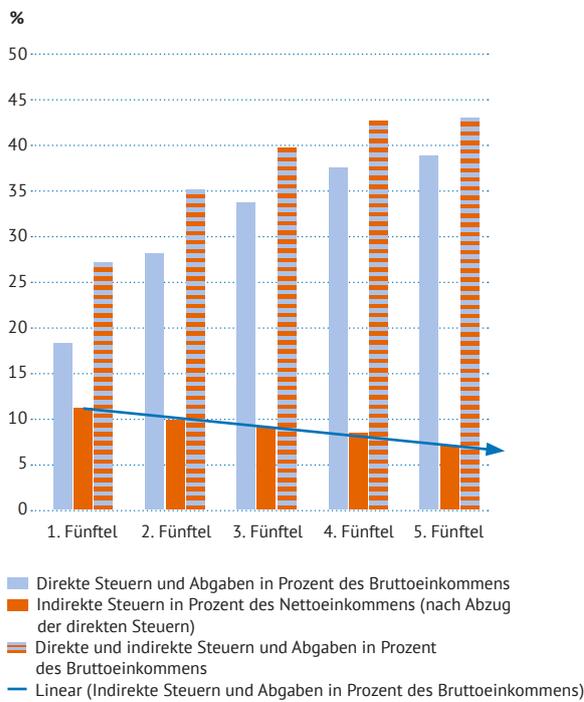
Die reale Verwendung der Steuern sowie die Verteilungseffekte verschiedener Steuern und Abgaben sollten anschließend gesondert vertieft werden. Hier bietet sich insbesondere die Diskussion von Erhöhungen der Einkommens- und Umsatzsteuer hinsichtlich des Steueraufkommens und der Verteilungseffekte an. Außerdem könnte die (Wieder-)Erhebung von Vermögensteuern oder eine einmalige Vermögensabgabe diskutiert werden. ■

M1 Einkommensverteilung und Steuern in Deutschland

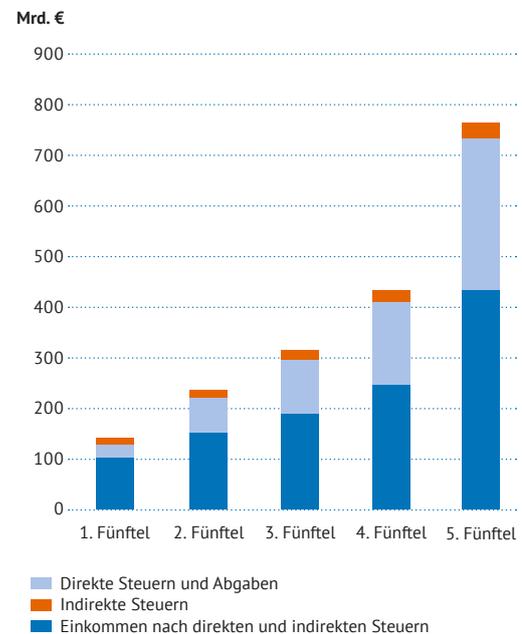
B E V Ö L K E R T U E N G N	Bruttoeinkommen (vor Steuern und Abgaben)		Direkte Steuern und Sozialabgaben				Nettoeinkommen (n. Abzug direkter Steuern u. Abgaben)		Indirekte Steuern (Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer)		Steuern und Abgaben insgesamt		Einkommen nach direkten und indirekten Steuern	
	Einkom- men in Mrd. € (1)	Prozent- anteil am Gesamt- einkom- men (1)	Sozialbei- träge in Mrd. € (1)	Einkom- men- steuer in: Mrd. € (1)	Abgaben und Steuern ges. in Mrd. € (3)	Prozent- anteil am Brutto- einkom- men (3)	Einkom- men in Mrd. € (1)	Prozent- anteil am Gesamt- einkom- men (1)	Gesamt in Mrd. € (3)	Prozent des Netto- einkom- mens (2)	Gesamt in Mrd. € (3)	Prozent- anteil am Brutto- einkom- men (3)	Gesamt in Mrd. € (3)	Prozent- anteil am Gesamt- einkom- men (3)
1. Fünftel	143,8	7,3	25,0	1,3	26,3	18,3	117,4	9,2	12,8	11,1	39,1	27,2	104,7	8,9
2. Fünftel	239,7	12,2	57,5	9,9	67,4	28,1	172,3	13,5	16,9	9,8	84,3	35,2	155,4	13,3
3. Fünftel	328,0	16,7	84,9	25,7	110,6	33,7	217,4	17,0	19,8	9,1	130,4	39,8	197,6	16,9
4. Fünftel	452,9	23,1	117,3	53,0	170,3	37,6	282,6	22,1	23,6	8,4	193,9	42,8	259,0	22,1
5. Fünftel	799,1	40,7	149,8	161,3	311,1	38,9	488,0	38,2	33,4	7,0	344,5	43,1	454,6	38,8

Quelle: (1) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2015: *DIW Wochenbericht* 8/2015, Einkommensumverteilung, S. 151 (Umgerechnet in Fünftel).
 (2) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2011: Volle Mehrwertsteuer auf Nahrungsmittel belastet vor allem Geringverdiener S. 3 (Umgerechnet in Fünftel).
 (3) Eigene Berechnung aus (1) und (2).

◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇ BELASTUNG DER EINKOMMEN DURCH ◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇
 ◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇ DIREKTE UND INDIREKTE STEUERN ◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇

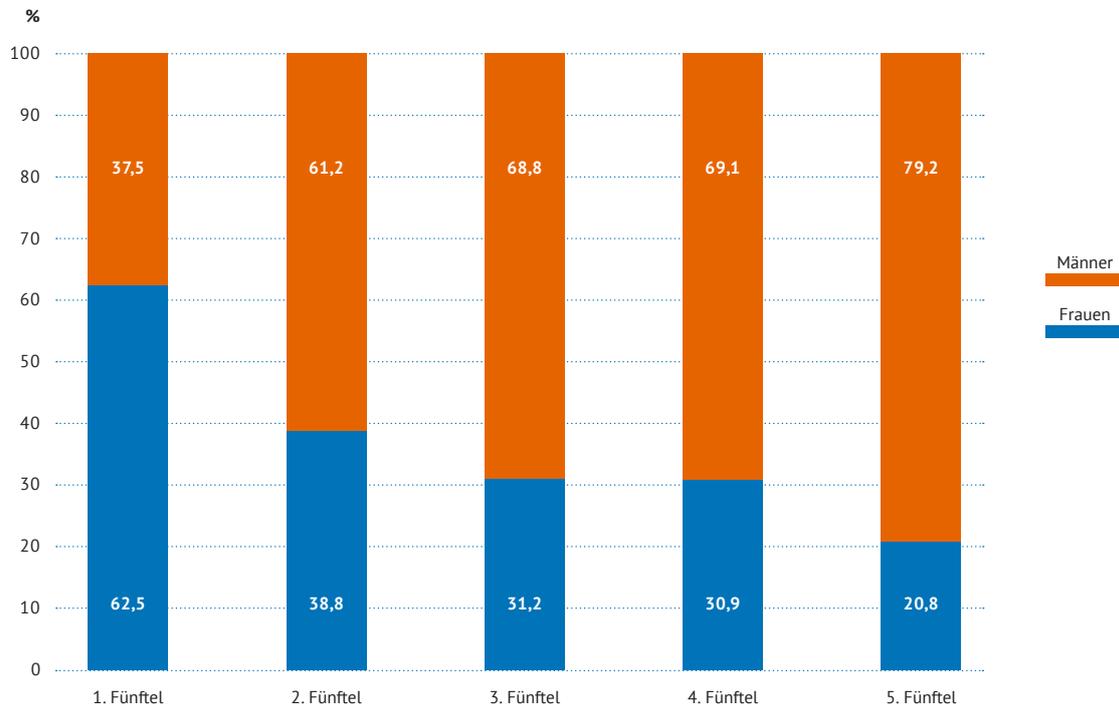


◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇ VERTEILUNG VON EINKOMMEN UND ◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇
 ◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇ STEUERN (IN MILLARDEN EURO) ◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇



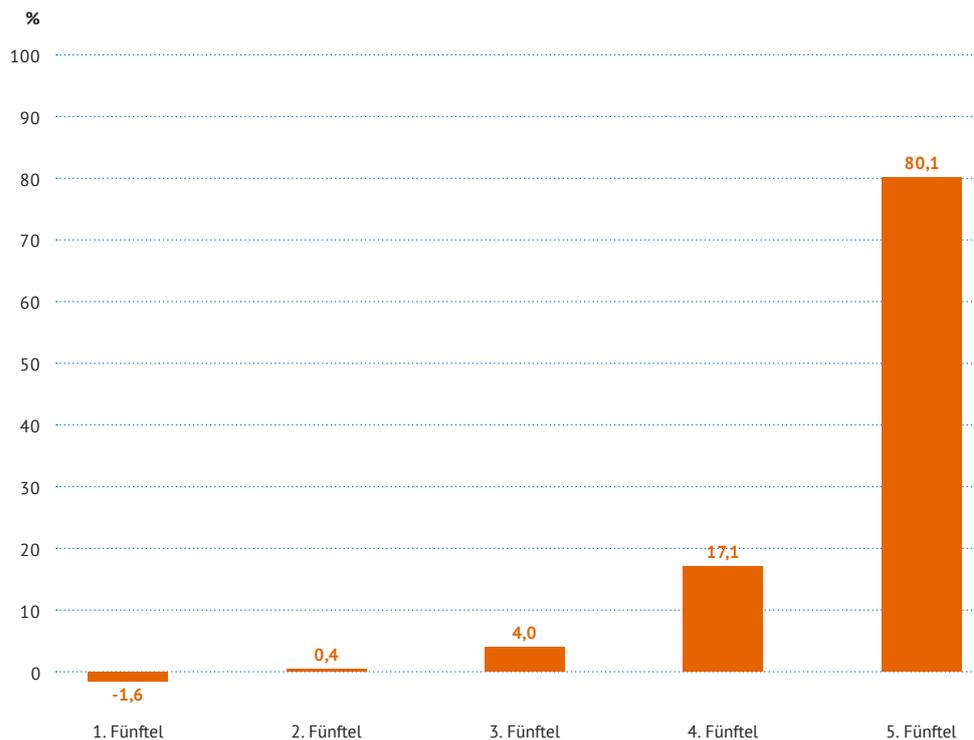
Quelle für beide Diagramme: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), eigene Berechnungen (siehe Tabelle oben)

M2 Männer- und Frauenanteil an den Einkommensgruppen (in Prozent)



Quelle: Gender Datenreport der Bundesregierung von 2005, S. 175. Eigene Umrechnung in Fünftel.

M3 Vermögensverteilung in Deutschland (Stand 2007)



Quelle: DIW Wochenbericht 4/2009, S. 59. Eigene Umrechnung in Fünftel.

Aufgaben und Ausgaben des Staates

ARBEITSVORSCHLÄGE

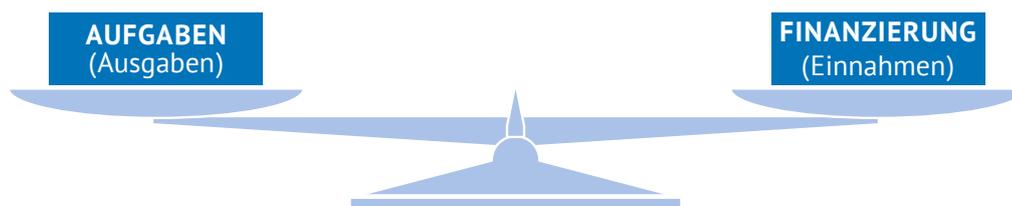
Machen Sie sich in Gruppen von vier oder fünf Personen mit dem Modell der Staatsfinanzen als Waage (M1) vertraut. Sammeln Sie anschließend mindestens zehn Aufgaben des Staates auf Karten (eine Karte pro Aufgabe). Lassen Sie sich dabei von den Stichworten aus der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (M2) anregen. Rahmen Sie drei Karten ein, die für eine solidarische Gesellschaft besonders wichtig sind.

Lesen Sie den Artikel M3 und folgen Sie Frau Merkel, indem Sie Sparvorschläge für den Bundes-

haushalt machen. Besprechen Sie dazu die Tabelle M4 mit den zehn größten Ausgabenposten des Bundes. Entscheiden Sie, in welchem Bereich Sie wie viel kürzen wollen und wie Sie dies begründen. Präsentieren Sie anschließend drei konkrete Vorschläge auf Karten an der Tafel.

Lesen Sie den Artikel M5 zu den Folgen der Kürzungspolitik im griechischen Gesundheitssystem und schreiben Sie anschließend einen Leserbrief zu M3, in dem Sie sich kritisch mit der pauschalen Forderung zu sparen auseinandersetzen. —

M1 Modell der Staatsfinanzen als Waage



Um das Zusammenspiel von Staatsaufgaben und Staatsfinanzierung zu veranschaulichen, kann der Staat modellhaft als Waage betrachtet werden.

In der einen Waagschale liegen die Staatsaufgaben, also das Geld, das der Staat ausgibt, um seine Aufgaben zu erfüllen.

In der anderen Waagschale liegen die Einnahmen des Staates. Das sind vor allem die Steuern und Abgaben, die der Staat erhebt, aber auch Kredite (Staatsanleihen), die er aufnimmt. ■

M2 Stichworte aus der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

- 1 Alle Menschen haben das Recht auf ... Men-
 - 2 schenwürde, Freiheit, Gleichheit und Solidari-
 - 3 tät ... Freiheit von Diskriminierung ... Leben
 - 4 und Sicherheit der Person ... Verbot von Skla-
 - 5 verei und Folter ... Gleichheit vor dem Gesetz ...
 - 6 Rechtsschutz ... Schutz vor Verhaftung und Aus-
 - 7 weisung ... ein faires Gerichtsverfahren ... Ga-
 - 8 rantie der Unschuldsvermutung ... Schutz der
 - 9 Privatsphäre ... Bewegungsfreiheit ... Asyl ...
 - 10 Staatsangehörigkeit ... Eheschließung und Fam-
 - 11 lie ... Eigentum ... Gedanken-, Gewissens- und
 - 12 Religionsfreiheit ... Meinungs- und Informati-
 - 13 onsfreiheit ... Versammlungs- und Vereinigungs-
 - 14 freiheit ... Wahlrecht und Demokratieprinzip ...
 - 15 soziale Sicherheit ... angemessene Arbeit und
 - 16 Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ... Erho-
 - 17 lung und Freizeit ... einen angemessenen Lebens-
 - 18 standard einschließlich Nahrung, Kleidung, Woh-
 - 19 nung, ärztlicher Versorgung und notwendiger
 - 20 sozialer Leistungen ... Sicherheit im Falle von
 - 21 Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und im
 - 22 Alter ... Bildung ... Teilnahme am kulturellen
 - 23 Leben in der Gemeinschaft (Kunst und Wissen-
 - 24 schaft) ... eine soziale und internationale Ord-
 - 25 nung, in welcher die angeführten Rechte voll
- verwirklicht werden. ■

M3 Kanzlerin Merkel fordert zum Sparen auf

- 1 In einem Interview mit der *Financial Times* hat
 . Bundeskanzlerin Angela Merkel die europäischen
 . Staaten zum Sparen aufgefordert. »Wir alle müs-
 . sen aufhören, jedes Jahr mehr auszugeben, als wir
 5 einnehmen«, sagte die Kanzlerin wörtlich. Dabei
 . hat Merkel offenbar vor allem die Kosten des So-
 . zialstaates im Blick.
 . Sie wies darauf hin, dass Europa, das derzeit
 . »sieben Prozent der Weltbevölkerung ausmacht,
 10 etwa 25 Prozent des globalen Bruttoinlandspro-
 . dukts erwirtschaftet und damit 50 Prozent der
 . weltweiten Sozialkosten finanzieren« müsse.
 . Damit sei klar, dass Europa »künftig sehr hart ar-
 . beiten muss, um seinen Wohlstand und Lebensstil
 15 zu erhalten«. Zwar sollte mehr in Bildung und
 . Forschung investiert werden, aber ansonsten
 . müssten die Steuern und die Arbeitsmärkte am
 . Ziel internationaler Wettbewerbsfähigkeit ausge-
 . richtet werden. ■ Quelle: Eigener Text, in Anlehnung an einen Artikel
 in der *Financial Times* vom 16.12.2012

M4 Die zehn größten Ausgabeposten des Bundeshaushaltes 2015

In Milliarden €	Posten	Anteil in %
90,4	Bundesministerium für Arbeit und Soziales I: Renten	30,0
33,1	Bundesministerium für Arbeit und Soziales II: Arbeitslosengeld	11,0
33,0	Bundesministerium der Verteidigung	10,9
24,3	Bundesschuld	8,1
23,3	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	7,7
16,8	Allgemeine Finanzverwaltung	5,1
15,3	Bundesministerium für Bildung und Forschung	5,6
12,1	Bundesministerium für Gesundheit	4,0
8,5	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	2,8
7,4	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	2,5
35,7	Alle anderen Ausgaben des Bundes zusammen	11,9

Quelle: <http://www.bundeshaushalt-info.de> (Sollwerte des Haushaltsjahres 2015 inkl. 1. Nachtragshaushalt)

M5 Krank gesparrt: Griechen leiden unter schlechter Gesundheitsversorgung

1 Höhere Kindersterblichkeit, Menschen ohne staatliche
 . Krankenversicherung – das griechische Gesundheits-
 . system ist mit dem Land in die Krise geraten. Private
 . Initiativen versuchen die Not wenigstens ein bisschen zu
 5 lindern.

. Athen · Es ist noch früh am Morgen, als die Sani-
 . täter Dionysis Arvanitakis und Stefanos Kapetani-
 . os mit atemberaubender Geschwindigkeit zu ih-
 10 rem ersten Einsatz rasen. Mit dem Krankenwagen
 . geht es durch den Athener Verkehr zu einem neun
 . Jahre alten Patienten, der zu seinem Kliniktermin
 . gebracht werden muss. Der Junge steht schon vor
 . der Haustür bereit. Seine Mutter hat ein großes
 15 Kissen unter ihren Arm geklemmt. Beim letzten
 . Besuch habe das Krankenhaus keine Kissen ge-
 . habt, sagt sie.

. Seit Monaten hält die Griechenland-Krise Eu-
 . ropa mal wieder in Atem. Gerade gab es ein drittes
 20 Hilfspaket der internationalen Geldgeber. Doch
 . die seit fünf Jahren andauernden Sparmaßnahmen
 . haben schon seit längerem zum Teil verheeren-
 . de Auswirkungen für die Griechen – etwa im
 . Gesundheitswesen.

25 »Die pauschalen Sparmaßnahmen haben Leis-
 . tungen in allen Bereichen verringert und die
 . Gesundheitsversorgung ganz unmittelbar ver-
 . schlechert«, sagt Alexander Kentikelenis. Er ist
 . wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität
 30 von Cambridge und Experte für die Folgen von
 . Finanzkrisen. Einige Reformen des Gesundheits-
 . wesens waren seiner Ansicht nach zwar erforder-
 . lich, das Ausmaß der Kürzungen aber habe wich-
 . tige Gesundheitsindikatoren massiv verschlechtert.
 35 So sei etwa die Kindersterblichkeitsrate zwischen
 . 2008 und 2010 um 43 Prozent gestiegen, schreibt
 . er in der medizinischen Fachzeitschrift »The
 . Lancet«.

. Da in Griechenland eine Krankenversicherung
 40 nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit abläuft, hatte
 . die Wirtschaftskrise verheerende Folgen für die
 . Gesundheitsversorgung: Inoffiziellen Schätzun-
 . gen zufolge haben nun zwei bis drei Millionen
 . Griechen keine Krankenversicherung. Auch in
 45 den Krankenhäusern fehlt es an Geld. Die Etats
 . der öffentlichen Krankenhäuser seien seit 2009
 . um 50 Prozent geschrumpft, sagt Charalampos
 . Economou, Professor für Gesundheitspolitik an
 . der Panteion Universität in Athen.

50 Private Organisationen versuchen, die Löcher
 . wenigstens teilweise zu stopfen, die die Austeri-
 . tätsmaßnahmen aufgerissen haben. So wie die
 . Ehrenamtlichen von »Das Lächeln des Kindes«,
 . für die sich auch die Sanitäter Arvanitakis und
 55 Kapetanos engagieren.

. Während in Deutschland ein Rettungswagen –
 . den gesetzlichen Vorgaben entsprechend – meist
 . nach einigen Minuten am Einsatzort eintref-
 . fe, herrschten in Griechenland weit schlechtere
 60 Bedingungen, hat Christos Kammilatos vom
 . Führungsteam der Organisation beobachtet. In
 . Griechenland müsse man zwischen 45 Minuten
 . und einer Stunde warten. »In der Zeit stirbt man
 . zweimal.« Eine Stadt wie Athen mit 3,5 Millionen
 65 Einwohnern braucht seiner Meinung nach rund
 . 300 funktionierende Krankenwagen – es gebe
 . aber nur 100.

. Mit ihren acht Krankenwagen in Athen, Thes-
 . saloniki und auf Kreta bietet »Das Lächeln des
 70 Kindes« eine Leistung, die dringend benötigt wird.
 . Sie transportieren ausschließlich Kinder – nach
 . eigenen Angaben bereits 690 in den ersten sechs
 . Monaten dieses Jahres. Aufträge aus öffentlichen
 . Kliniken sind demnach im Vergleich zum Durch-
 75 schnitt der Jahre 2010 bis 2014 um 40 Prozent
 . gestiegen. Zudem bietet die Einrichtung weitere
 . Hilfs- und Gesundheitsprogramme. 90 Prozent
 . des Jahresetats der Organisation von rund 13 Mil-
 . lionen Euro kommen von privaten Spendern.

80 Derweil sind die Sanitäter Arvanitakis und
 . Kapetanos unterwegs zu ihrer nächsten Pati-
 . entin: der 13-jährigen Ioanna. Sie wachte eines
 . Morgens vor einem Jahr mit einer Lähmung auf.
 . Über die Ursache rätseln die Ärzte noch immer.
 85 Einmal wöchentlich muss sie zur Physiotherapie –
 . doch der Transport wäre ohne fremde Hilfe fast
 . unmöglich.

. Nach einer freundlichen Begrüßung heben sie
 . das Mädchen auf die Trage. Kapetanos, der mit
 90 der 13-Jährigen hinten im Krankenwagen sitzt,
 . wechselt den Radiosender zu ihrer Lieblings-
 . station – sie liebt Popmusik. Für Ioanna ist der
 . Transport sichtlich anstrengend. Doch sie ist ent-
 . schlossen, wieder gesund zu werden – und wie
 95 ein normaler Teenager zur Schule zu gehen. ■ Quelle:

Jessica Camille Aguirre, *dpa*, 31.8.2015

Wie finanziert sich der Staat, und ist das Steuersystem gerecht?

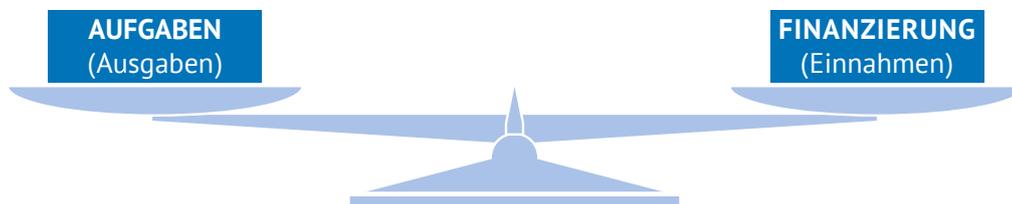
ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Betrachten sie zunächst das Modell der Staatsfinanzen als Waage (M1) im Zusammenhang mit den zehn größten Einnahmequellen des Bundeshaushaltes (M2). Entwickeln sie Vorschläge zur Erhöhung der Staatseinnahmen: Welche Steuern wollen Sie erhöhen oder zusätzlich erheben und warum? Gegebenenfalls können Sie auch unter <http://www.bundshaushalt-info.de> Zahlen für den aktuellen Bundeshaushalt recherchieren.
2. Werten Sie in Kleingruppen die Grafiken zum Steueraufkommen Deutschlands (M3 und M4) aus. Stellen Sie fest, welche Steuern maßgeblich zum Gesamtsteueraufkommen beitragen und wie stark sie verschiedene Gruppen der Bevölkerung treffen.

3. Analysieren Sie mit eine_r Partner_in die im Diagramm M5 dargestellte Entwicklung der Einkommensteuer.

- a. Inwiefern erscheint Ihnen die Entwicklung a) des Eingangssteuersatzes und b) des Spitzensteuersatzes sinnvoll? Warum (nicht)?
- b. Analysieren Sie die Entwicklung der Einkommensteuer (M5) im Zusammenhang mit dem Gesamtaufkommen der verschiedenen Steuerarten (M3) und der Verteilung von Einkommen und Steuern auf verschiedene Bevölkerungsgruppen (M4). Welche Zusammenhänge sehen Sie hier?
- c. Inwiefern erscheinen Ihnen die Anteile sowie die Sätze der Einkommensteuer gerecht verteilt (Steuergerechtigkeit)?

M1 Modell der Staatsfinanzen als Waage



Um das Zusammenspiel von Staatsaufgaben und Staatsfinanzierung zu veranschaulichen, kann der Staat modellhaft als Waage betrachtet werden.

In der einen Waagschale liegen die Staatsausgaben, also das Geld, das der Staat ausgibt, um seine Aufgaben zu erfüllen.

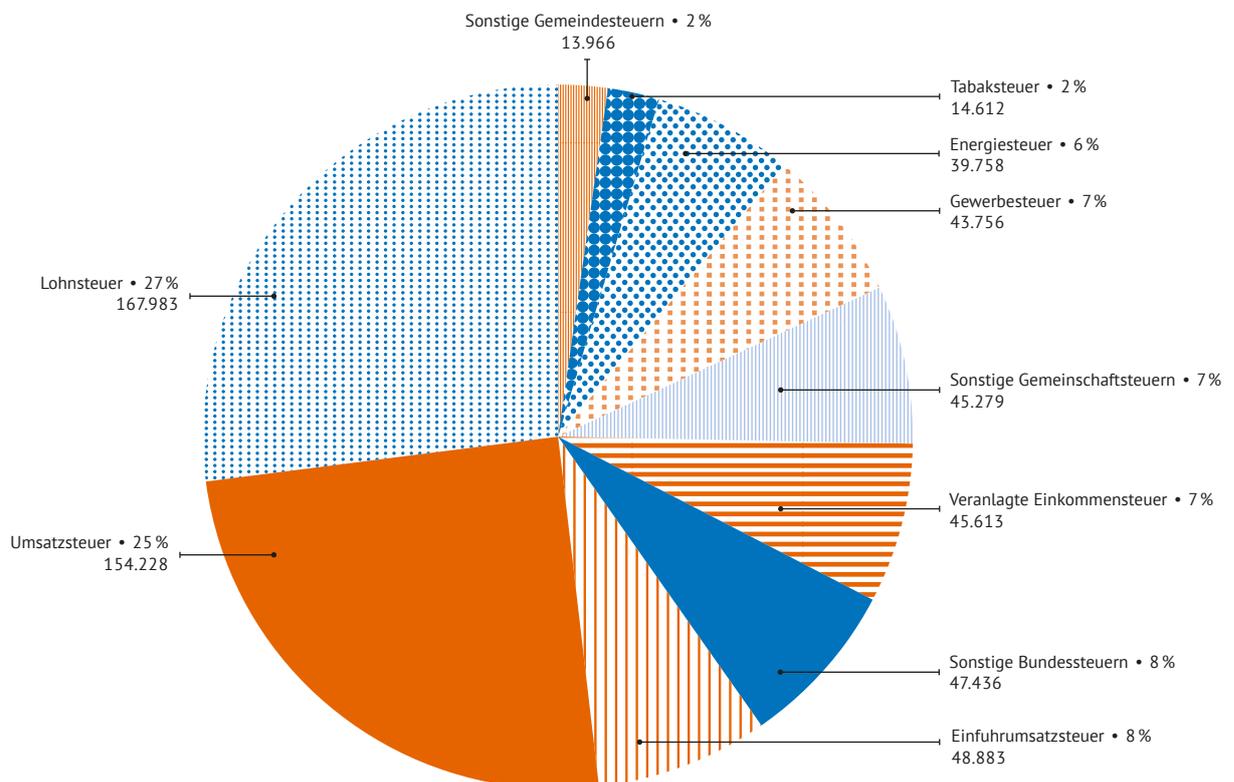
In der anderen Waagschale liegen die Einnahmen des Staates. Das sind vor allem die Steuern und Abgaben, die der Staat erhebt, aber auch Kredite (Staatsanleihen), die er aufnimmt.

M2 Die zehn größten Steuereinnahmen des Bundeshaushaltes 2015

In Milliarden €	Steuerart	Anteil in %
84,2	Umsatzsteuer	25,2
75,7	Lohnsteuer	22,6
36,3	Energiesteuer	10,9
26,6	Einfuhrumsatzsteuer	7,9
20,6	Veranlagte Einkommensteuer	6,2
14,2	Tabaksteuer	4,2
12,5	Versicherungssteuer	3,7
10,7	Solidaritätszuschlag zur Lohnsteuer	3,2
10,4	Körperschaftsteuer	3,1
8,6	Kfz-Steuer	2,6
33,2	Alle anderen Steuereinnahmen zusammen	10,4

Quelle: <http://www.bundeshaushalt-info.de> (Sollwerte des Haushaltsjahres 2015 inkl. 1. Nachtragshaushalt)

M3 Anteil und Gesamtaufkommen der verschiedenen Steuerarten (für Bund, Länder und Gemeinden) 2014 in Milliarden Euro



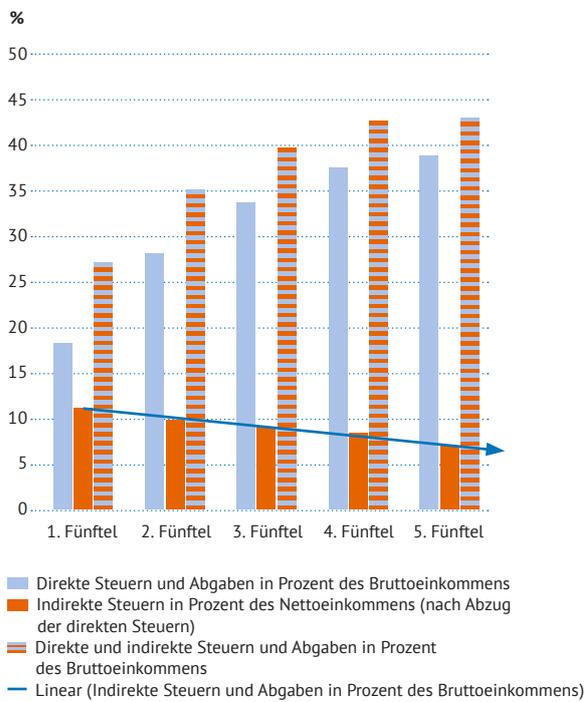
Quelle: Statistisches Bundesamt

M4 Einkommensverteilung und Steuern in Deutschland

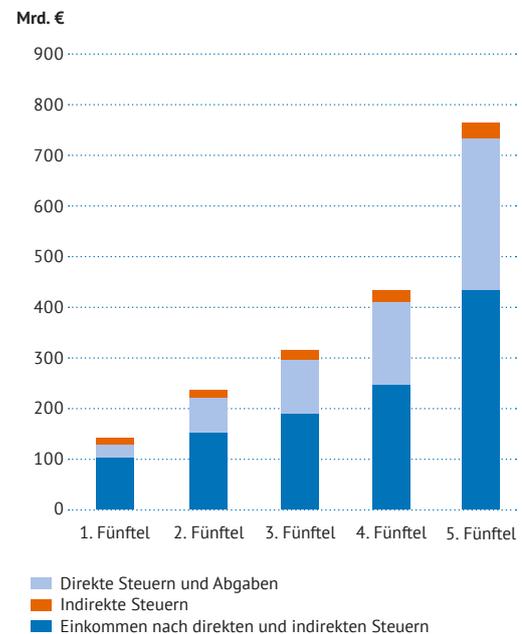
B I B E V Ö L Ö K N E F R T U E N L G N	Bruttoeinkommen (vor Steuern und Abgaben)		Direkte Steuern und Sozialabgaben				Nettoeinkommen (n. Abzug direkter Steuern u. Abgaben)		Indirekte Steuern (Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer)		Steuern und Abgaben insgesamt		Einkommen nach direkten und indirekten Steuern	
	Einkom- men in Mrd. € (1)	Prozent- anteil am Gesamt- einkom- men (1)	Sozialbei- träge in Mrd. € (1)	Einkom- steuer in: Mrd. € (1)	Abgaben und Steuern ges. in Mrd. € (3)	Prozent- anteil am Brutto- einkom- men (3)	Einkom- men in Mrd. € (1)	Prozent- anteil am Gesamt- einkom- men (1)	Gesamt in Mrd. € (3)	Prozent des Netto- einkom- mens (2)	Gesamt in Mrd. € (3)	Prozent- anteil am Brutto- einkom- men (3)	Gesamt in Mrd. € (3)	Prozent- anteil am Gesamt- einkom- men (3)
1. Fünftel	143,8	7,3	25,0	1,3	26,3	18,3	117,4	9,2	12,8	11,1	39,1	27,2	104,7	8,9
2. Fünftel	239,7	12,2	57,5	9,9	67,4	28,1	172,3	13,5	16,9	9,8	84,3	35,2	155,4	13,3
3. Fünftel	328,0	16,7	84,9	25,7	110,6	33,7	217,4	17,0	19,8	9,1	130,4	39,8	197,6	16,9
4. Fünftel	452,9	23,1	117,3	53,0	170,3	37,6	282,6	22,1	23,6	8,4	193,9	42,8	259,0	22,1
5. Fünftel	799,1	40,7	149,8	161,3	311,1	38,9	488,0	38,2	33,4	7,0	344,5	43,1	454,6	38,8

Quelle: (1) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2015: *DIW Wochenbericht* 8/2015, Einkommensumverteilung, S. 151 (Umgerechnet in Fünftel).
 (2) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2011: Volle Mehrwertsteuer auf Nahrungsmittel belastet vor allem Geringverdiener S. 3 (Umgerechnet in Fünftel).
 (3) Eigene Berechnung aus (1) und (2).

BELASTUNG DER EINKOMMEN DURCH DIREKTE UND INDIREKTE STEUERN



VERTEILUNG VON EINKOMMEN UND STEUERN (IN MILLARDEN EURO)



Quelle für beide Diagramme: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), eigene Berechnungen (siehe Tabelle oben)

Streitpunkt Vermögensteuer



Aktion des Bündnis
UMfairTEILEN
(Foto: Attac)

PRO- UND CONTRA-DEBATTE

Da das offene Austragen widerstreitender Meinungen zentraler Bestandteil einer Demokratie ist, gilt es, das Streitgespräch auch im Unterricht zu üben. Die Pro- und Contra-Debatte eignet sich, um eigene Positionen argumentativ zu vertreten, gewaltfreie Formen des Streites zu erlernen, Positionen anderer nachvollziehen zu können und um Kompromisse zu schließen. Diskutiert wird ein (aktueller) politischer Konflikt oder eine politische Frage, welche unterschiedliche, möglichst kontroverse Positionen aufweist.

Vorgehen: Zunächst wird eine Abstimmung durchgeführt, um ein erstes Meinungsbild zu erhalten. Daraufhin werden Gruppen gebildet, welche auf Basis ausgewählter Materialien ihre Positionen und Standpunkte entwickeln, um diese später in der Diskussion zu vertreten. Es wird eine Moderation sowie je ein_e Vertreter_in

pro Interessengruppe gewählt, welche_r in der Diskussion mit möglichst verlässlichen (belegbaren) fachlichen Argumenten die Position der jeweiligen Gruppe überzeugend vertritt. Vor der Durchführung ist darauf zu achten, dass das Publikum im Hintergrund und die Gruppen sich gegenüber sitzen. Die Moderation eröffnet die Pro- und Contra-Debatte und stellt die Gruppenvertreter_innen vor. Nachdem jede_r Vertreter_in ein kurzes Eingangsstatement abgegeben hat, folgt die eigentliche Debatte als Austausch von Argumenten und Gegenargumenten.

Anschließend folgt eine Auswertung, in der erfragt wird, welche Argumente am überzeugendsten waren. Zum Abschluss wird erneut eine Abstimmung durchgeführt, um zu visualisieren, inwiefern sich Veränderungen im Meinungsbild der Vertreter_innen oder des Publikums ergeben haben, die dann wiederum diskutiert werden können.

PRO- UND CONTRA-DEBATTE

Diskutieren Sie, inwiefern die Wiedererhebung einer Vermögensteuer in Deutschland eine gerechte und nützliche Maßnahme ist, um Ungleichverteilungen abzubauen und die Steuereinnahmen des Staates zu erhöhen.

1. Lesen Sie zunächst das Interview M1 als Einstieg in den Konflikt.

2. Lesen Sie in Ihren Pro- oder Contra-Gruppen einen Artikel (M1 oder M2) und arbeiten Sie die Begründungen für (M2) oder gegen (M3) eine mögliche Vermögensabgabe heraus.

3. Bereiten Sie unter Berücksichtigung der Texte Ihre Position in der Pro- und Contra-Debatte vor.

M1 Warum Reiche eine Reichensteuer fordern

1 Eva Stilz, 52, ist Sozialpädagogin, Erbin und Aktivistin. Sie ist wohl einer der wenigen Menschen in Deutschland, die der Meinung sind, zu wenig Steuern zu zahlen, und setzt sich für eine höhere Belastung derer ein, die deutlich mehr Geld als der Durchschnittsbürger haben. Stilz ist Mitglied in der Initiative Vermögender für eine Vermögensabgabe und Gründerin der Stiftung Gegensteuern.

10 **SZ.DE:** Frau Stilz, lassen Sie uns über Steuern und Gerechtigkeit reden. Wie hoch ist die Summe, die Sie an den Fiskus abführen?

· **EVA STILZ:** Ich zahle pro Jahr etwa 20.000 Euro Steuern.

15 **SZ.DE:** Das Jahreseinkommen vieler Bundesbürger ist so hoch wie Ihre Steuerleistung.

· **EVA STILZ:** Aber das ist immer noch relativ wenig: Ich habe durch eine Erbschaft Anteile an einem Unternehmen und dadurch Einkünfte von etwa 150.000 Euro im Jahr. Dieses Geld ist über die Körperschaftsteuer vorversteuert, sodass die restliche Summe von 130.000 Euro mir gehört. Aber um die Details kümmert sich meine Steuerberaterin.

25 **SZ.DE:** Es ist doch erfreulich für Sie, dass Sie einen verhältnismäßig niedrigen Steuersatz haben.

· **EVA STILZ:** Ich halte es aber für sehr ungerecht, dass Menschen mit einem hohen Einkommen wie ich so wenig Steuern zahlen. Ich bin für eine Anhebung des Spitzensteuersatzes und fordere als Mitglied in der Initiative Vermögender für eine Vermögensabgabe eine jeweils fünfprozentige Vermögensabgabe befristet für zwei Jahre. Das würde circa 150 Milliarden Euro für ökologische Projekte, Bildung oder die Erhöhung der Transferleistungen wie Hartz IV bringen. Ab dem dritten Jahr soll eine Vermögensteuer von einem Prozent erhoben werden, die in den Bundeshaushalt fließen soll.

40 **SZ.DE:** Die Vermögensteuer ist umstritten – das Bundesverfassungsgericht hat sie 1995 gekippt.

· **EVA STILZ:** In der damaligen Form war sie verfassungswidrig, weil Kapital, Betriebsvermögen und Immobilien sehr unterschiedlich besteuert wurden und das gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößt. Das Gericht hat sich aber nicht grundsätzlich gegen eine Vermögensteuer ausgesprochen. Es stimmt auch nicht, dass die Verwaltungskosten die Steuereinnahmen gleich wieder auffressen würden. Unseren Schätzungen zufolge würde die Vermögensteuer etwa 15 Milliarden pro Jahr bringen. [...] ■ Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 24.07.2013

M2 Mit Großmut kommt man nicht weiter

1 Jetzt auch noch Marius Müller-Westerhagen. »Ein paar Prozentpunkte mehr Steuern machen Wohlhabende nicht arm«, sagt der Rocksänger dem Wochenmagazin Die Zeit. Auch Versandmilliardär Michael Otto und Hörgeräterunternehmer Martin Kind verkünden dort, sie hätten nichts gegen eine höhere Steuerbelastung ihres Einkommens. Dass die Reichen jetzt medienwirksam fordern, dass der Staat ihnen mehr abknöpft, um seine Schulden abzubauen, ist der neueste Hit in der Gerechtigkeitsdebatte. [...]

· Die Vermögenden stellen die Regierung bloß, indem sie sich als die besseren Gemeinwohler positionieren. Das ist eine Umkehrung der Rollen. Aber es könnte die Verteilungsdebatte befeuern. Denn alle Argumente für und gegen mehr Steuern für Wohlhabende gab es schon seit den 90er Jahren – heute aber wissen wir, welche Behauptungen sich bewahrheiteten und welche nicht. Das erste Gegenargument gegen Besitzsteuern liegt im Grundgesetz: Substanzbesteuerungen, die zu einem schleichenden Schrumpfen des Privatvermögens führen, sind nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1995 nicht erlaubt. Es sei denn, es herrschen Ausnahmezeiten. Es ist bezeichnend, dass sich die Grünen mit ihrem Vorschlag einer befristeten »Vermögensabgabe« auf das Vorbild der »Vermögensabgabe« im Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg beziehen. Doch die Notzeiten damals waren andere. Eine weniger als einprozentige unbefristete Vermögenssteuer, die mit dem Ertrag des Vermögens verrechnet wird, wäre von der Verfassung unter Umständen gedeckt. Auch könnte man den Spitzensteuersatz auf Einkommen wieder erhöhen. Das klassische Gegenargument: Vermögenssteuern und hohe Einkommenssteuern schmälern Erträge und Investitionen von Betrieben und Unternehmern und gefährden damit Arbeitsplätze. Diese Drohung mit Jobabbau ermöglichte die Steuersenkungen, von denen Wohlhabende bis heute profitieren.

45 Doch die Beschäftigungslage, die im Zuge der Wiedervereinigung drastisch eingebrochen war, hat sich gebessert und angesichts des Fachkräftemangels verliert das Argument an Kraft. Aber flieht der Reiche nicht ins Ausland, wenn man ihn hierzulande zu sehr mit Steuern belästigt? Tja. Die Frage ist, ob nicht auch dieses Argument weniger zieht, wenn nun sogar die Schweiz für Ausländer eine Quellensteuer erhebt und sich Geld leichter vererben lässt, wenn es nicht auf irgendwelchen Konten im Ausland versteckt ist. Apropos Erben: Ein Streitpunkt seit den 90er Jahren war die Erbschaftssteuer, deren Erhöhung immer wieder gefordert wurde. Erbschaften liegen in der gefühlten Schnittstelle von Besitz und Familie, also dem Allerheiligsten. Der Familiensitz musste gerettet werden, die Große Koalition schaffte dies mit der Reform der Erbschaftssteuer von 2007. Die

Reform erlaubt es heute Kindern, von beiden Elternteilen nacheinander Geldvermögen im Wert von insgesamt 800.000 Euro zu erben, ohne einen Cent Erbschaftssteuer zu zahlen. Wer das Elternhaus selbst bewohnt, muss nichts berappen, auch wenn es sich um eine großzügige Villa handelt. Das ist ein Skandal. Es gibt Spielraum, sich für höhere Steuern auf Besitz und Einkommen einzusetzen und dabei aus den Debatten der vergangenen Jahrzehnte zu lernen. Enteignungsfantasien den sehr Reichen gegenüber helfen jedoch genauso wenig wie auf den Großmut der Wohlhabenden zu vertrauen. Auch die gefühlte höhere Mittelschicht muss bereit sein für Opfer. Genau davon lenken Appelle von Superreichen wie Buffet oder Umfragen mit Prominenten wie Müller-Westernhagen jedoch ab. ■ Quelle: die tageszeitung vom 01.09.2011

M3 Lasst die »Reichen« in Ruhe

1 Die Reichen werden reicher, und deshalb gehören sie geschröpft. Klar doch – umso mehr heute, da Regierungen Banken und Pleitestaaten retten, mithin Aktionäre und Investoren. Diese Lesart ist plausibel. Auch Marktliberale sprechen von »moral hazard«, vom »Anreiz zum Fehlverhalten«. Die Botschaft lief so: »Bereichert euch. Kauft Risikoanleihen, die viel mehr bringen als deutsche. Oder hochverzinsten Derivate. Geht's schief, springt Vater Staat ein. Denn es gilt »too big to fail.« Das wissen die Absahner, also werden sie weiter zocken. So belohnt der Staat das Laster. Daraus folgt allerlei Kapitalismuskritik, diesmal nicht gegen die Dickbäuche mit der Zigarre, sondern gegen die »Märkte«. Wenn »die da« so reich geworden sind, und zwar unter dem Schirm der Allgemeinheit, dann sollen sie auch abgeben. Bloß: Wen wollen wir eigentlich schröpfen? Die Versicherung, die unsere Policen ausgestellt hat? Die Banken, deren Aktienfonds wir gekauft haben? Hmm, die vielleicht nicht, aber warum nicht die Reichen als solche, die sowieso zu wenig Steuern zahlen. Was ist »zu wenig«? Bezogen auf das Jahr 2007, hat eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung festgestellt: Das unterste Fünftel der Steuerpflichtigen zahlt praktisch keine Steuern – jene, die weniger als 8.200 Euro pro Jahr an Rente oder Lohn beziehen. Interessanter ist das »reichste Zehntel«: Das zahlt über die Hälfte (52 Prozent) des Steueraufkommens. Und die ganz Reichen – ein Prozent? Die waren (2002) für mehr als ein Fünftel des Steueraufkommens gut.

Wie reich sind denn die »Reichen«, die Top-Ten-Prozent? Nicht besonders. Ihr Jahreseinkommen betrug 2007 im Durchschnitt knapp 90.000 Euro. Zahlen sie auch genug? Auf den ersten Blick nein, denn der effektive Steuersatz lag nicht etwa beim höchsten (heute: 42 Prozent), sondern bei 24 Prozent, die dadurch zustande kommen, dass allerlei (legale) Abzüge die Steuerpflicht verringern. Hinterziehen die auch? Das Spiel ist heute schwerer geworden: Kapitalerträge werden inzwischen genau wie der Lohn »an der Quelle« besteuert – neuerdings auch das Gebunkerte in der Schweiz.

Dennoch möge die Kluft zwischen Höchst- und Effektivsatz bedenken, wer die »Geldsäcke« schröpfen will. Je mehr Einkommen einer hat, desto besser weiß er, wie man es dem Fiskus vorhält. So entstand in Deutschland eine ganze Abschreibungs- und Subventionsindustrie, die Kapital nicht gerade in produktive Zweige lenkte. Grundsätzlich: je höher die Steuern, desto niedriger der effektive Ertrag. Das gilt vorweg für die gesenkte Unternehmenssteuer (25 Prozent). Wer sie anheben will, sollte wissen, dass Kapital scheu wie ein Reh und flüchtig wie eine Gazelle ist – jedenfalls in der globalisierten Welt. Das Kapital, das im Ausland arbeitet, schafft hier weder Jobs noch Steuererträge. [...] Aber hohe Kapital- und Unternehmenssteuern sind Gift für die notwendigen Investitionen. Die Frage ist also: Wen schröpfen wir, wenn wir die Reichen schröpfen? ■ Quelle: Josef Joffe, DIE ZEIT Nr. 36/2011

Steuern

INFO

Unterscheidungen von Steuern In Deutschland gibt es 40 verschiedene Steuern, welche nach unterschiedlichen Kriterien gruppiert werden können und sich teilweise in ihren Kategorien überschneiden.

Gegliedert nach der Ertragshöhe existieren also Bundes- (z. B. Tabaksteuer, Mineralölsteuer), Landes- (z. B. Erbschaftsteuer, Grunderwerbsteuer), Gemeinde- (z. B. Gewerbesteuer, Grundsteuer) und Gemeinschaftssteuern (z. B. Umsatzsteuer, Einkommensteuer), sodass die erhobene Steuer an die jeweilige staatliche Verwaltungsebene geht.

Steuern können auch danach unterschieden werden, worauf der Staat sie erhebt. Besitzsteuern sind Steuern, welche auf Einkommen oder Vermögen erhoben werden (z. B. Einkommensteuer, Erbschaftsteuer), wobei zwischen Steuern auf Einkommen und Steuern auf Vermögen noch einmal unterschieden wird. Als Verkehrssteuern werden die Besteuerung des Rechts- und Wirtschaftssektors bezeichnet (z. B. Umsatzsteuer, Kfz-Steuer). Verbrauchsteuern erfassen den Verbrauch und Gebrauch von bestimmten Waren wie Lebens- oder Genussmittel (z. B. Tabaksteuer).

Direkte und indirekte Steuern Zudem werden Steuern nach der Art der Entrichtung unterschieden. Direkte Steuern werden unmittelbar vom Steuerzahler erhoben (z. B. Einkommensteuer), während indirekte Steuern zwar auf Güter und Dienstleistungen erhoben werden, den Steuerpflichtigen jedoch nur über Umwege belasten (z. B. Umsatzsteuer). Die Händler_innen oder Produzent_innen erheben die Steuer für den Staat, indem sie zum Verkaufspreis hinzu gerechnet wird und legen diese somit indirekt auf den Endverbraucher um. Der Anteil direkter Steuern hat sich in den letzten Jahrzehnten verringert, während sich der Anteil indirekter Steuern vermehrt hat, sodass die beiden Steuerarten momentan in etwa zu gleichen Teilen zum Steueraufkommen beitragen.

Die wichtigsten Steuern Die ertragreichste und somit für den Staat wichtigste Steuer ist in Deutschland die Umsatzsteuer (auch Mehrwertsteuer). Die Umsatzsteuer wird auf Dienstleistungen und den Verkauf von Waren im Inland mit einem Steuersatz von 19 Prozent erhoben. Bestimmte Leistungen werden mit einem ermäßigten Steuersatz von 7 Prozent besteuert oder sind ganz steuerbefreit. Danach bringt die Lohnsteuer die meisten Steuereinnahmen für den Staat. Die Lohnsteuer ist eine Erhebungsform der Einkommensteuer und wird auf Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit erhoben. Da die Lohnsteuer direkt von der Quelle der Einkünfte, also dem Arbeitgeber, eingezogen wird, handelt es sich um eine sogenannte Quellensteuer.

Besteuerung von Vermögen Zunehmend wird im Zuge der wachsenden finanziellen Ungleichverteilung in Deutschland eine stärkere Besteuerung von hohem Vermögen gefordert. Obwohl die Bundesregierung 1997 feststellte, dass es keine verfassungsrechtliche Begründung zur Abschaffung der Vermögensteuer gab, wurde sie 1996 zum letzten Mal erhoben. Seitdem werden in Deutschland nur noch einige vermögensbezogene Steuern (z. B. Grundsteuer, Erbschaftsteuer) erhoben, die im OECD-Vergleich mit einem Aufkommen von 0,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) unterdurchschnittlich zum Steueraufkommen beitragen. Im Vergleich werden vermögensbezogene Steuern in den USA in Höhe von 3,1 Prozent und in Großbritannien von mehr als vier Prozent des BIP erhoben. Entgegen vieler Befürchtungen, dass eine Vermögensteuer besonders die Mittelschicht treffen würde, würde laut verschiedenen Wissenschaftler_innen und Initiativen eine Besteuerung von wirklich ›Reichen‹ (z. B. ab 250.000 € Jahreseinkommen) bereits einen enormen Steuerzuwachs für den Staat bedeuten.



Ökonomische Folgen der Ungleichverteilung

M1 Wenn die Herde losrennt

Die internationalen Börsen fahren Achterbahn. Nachdem die Aktienkurse lange Zeit nur nach oben kletterten, folgte nun ein Absturz. Jetzt geht wieder die Angst vor dem großen Crash um. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank haben wiederholt vor den aktuellen Finanzmarktrisiken gewarnt. Die Sorgen sind nicht unbegründet.

Die Ursachen der letzten Krise sind noch immer wirkmächtig: Die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung füttert die Kapitalmärkte und bremst die Realwirtschaft. Neben den Privaten sparen auch die Staaten, weswegen viele Firmen weniger investieren. Darüber hinaus fördert die unzureichende Regulierung der Finanzmärkte Spekulation. Die krisenbedingt notwendige Politik des billigen Geldes tut ein Übriges. Folglich fließt immer mehr Kapital in Aktien, Immobilien, Währungen und Derivate. So entstehen neue Blasen und Kapital wird fehlgeleitet. Die Finanzmärkte können sich jedoch nicht langfristig von der realwirtschaftlichen Entwicklung abkoppeln. Dow Jones, Dax, Nikkei & Co. leiden jetzt unter einer sich abschwächenden Weltkonjunktur. Die Industrieländer investieren – mit Ausnahme der USA – zu wenig. Vielen Schwellenländern drohen wegen der möglichen US-Zinswende eine massi-

ve Kapitalflucht, eine schwächere eigene Währung und eine höhere Schuldenlast.

Doch damit nicht genug: Auf schlecht regulierten Märkten lassen sich einzelne Krisenherde nicht mehr wirksam eindämmen. Die unterschiedlichen Teilmärkte und Regionen sind eng miteinander verflochten. Folglich sind die Ansteckungsrisiken hoch. Die große Marktmacht weniger Kapitalsammelstellen und der computergestützte Hochfrequenzhandel sorgen dafür, dass die Herde kaum mehr gestoppt werden kann, wenn sie einmal losrennt.

Im modernen Kapitalismus sind Finanzmärkte immer krisenanfällig. Übertreibungen, Blasen und Krisen sind systemimmanent. Das Ausmaß der Instabilität kann jedoch politisch beeinflusst werden. Mit guten Regeln lassen sich die Kapitalmarktrisiken in den Griff kriegen. Mehr Eigenkapital, weniger Marktmacht der Großbanken, eine strikte Regulierung der Schattenbanken und ein Finanz-TÜV könnten den Schaden platzen der Blasen begrenzen. Eine Politik, welche die Einkommens- und Vermögenskonzentration bekämpft, würde den Anlagenotstand beseitigen und die Investitionstätigkeit fördern. Der nächste Crash ist also kein zwangsläufiges Naturereignis. ■ Quelle: Dierk Hirschel, *Frankfurter Rundschau* vom 01.09.2015

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Beschreiben Sie mit eigenen Worten den Einfluss der wachsenden Einkommens- und Vermögensungleichverteilung auf die Entwicklung der europäischen Realwirtschaft und Finanzmärkte.

2. Welche Maßnahmen einer Regulierung der Finanzmärkte werden vorgeschlagen? Welche halten Sie (nicht) für sinnvoll?

Verfassen Sie eine Antwort auf die Stellungnahme von Dierk Hirschel. Begründen Sie Ihre Position und überlegen Sie, ob Ihnen andere Maßnahmen zur Finanzmarktregulierung einfallen.